

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreis monatlich (bei Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Alsterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Alsterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sperrstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Donnerstag, den 19. Mai 1927 Nummer 116

## Das Diktat der Kohlenbarone

### Kohlenpreiserhöhung oder Entlassung der Bergarbeiter / Vor einer schweren Teuerungswelle 30 000 Bergarbeiter werden brotlos!

Berlin 19. Mai (Eigene Drahtmeldung.)

In seiner gestrigen Sitzung beschloß der Reichskohlenrat, die geforderte Preiserhöhung der Ruhrkohle abzulehnen. Nach der Erklärung des Ruhrkohlenrats ist jetzt zu erwarten, daß mindestens 30 000 Bergarbeiter auf die Straße geworfen werden. Heber den Antrag des Braunkohlenrats, eine Preiserhöhung des Hausbraunkohls zu genehmigen, ist kein Beschluß gefaßt worden. Es wurden drei Ausschüsse eingesetzt, die die Frage der Preiserhöhung prüfen sollen.

Die Kohlenbarone wollen die angekündigte Kohlenpreiserhöhung mit den schärfsten Druckmitteln gegen das Reichswirtschaftsministerium und den Reichskohlenrat durchsetzen. Die Erhöhung der Kohlenpreise soll erfolgen, um, wie ein Vertreter des Kohlenrats in der Kölnischen Zeitung ganz richtig schreibt, die Konkurrenz mit England

Konkurrenz mit England

soweit durchzuführen zu können, daß infolge des eintretenden Schadens die englischen Kohlenbarone gewonnen werden, mit den deutschen Kohlenkapitalisten gemeinsam ein internationales Kohlenkartell zu schaffen.

Die Kohlenpreise in Deutschland sollen erhöht werden, damit im Ausland die deutsche Kohle billiger verkauft werden kann.

Bereits jetzt beträgt der Preisunterschied zwischen dem Inlandspreis und dem Auslandspreis nach Angaben des Kohlenrats je nach der Sorte der Kohle 2,90 bis 5 Mark, auch bei den Koks sind die Preisunterschiede enorm. Sie betragen bei Bunkerholzkoks 5,30 und bei Brechkohls sogar 7,47 Mark. Die Summe, um die die deutsche Kohle im Ausland billiger verkauft wird, müßte im Anlaß von der Kohlenverbrauchenden Industrie und den kleinen Gewerbetreibenden aufgebracht werden. Die von den deutschen Kohlenbaronen in Aussicht genommene Erhöhung der Preise um 7,5 Prozent würde die ganze an sich äußerst labile Wirtschaft durcheinanderwerfen und eine unerträgliche Teuerung zur Folge haben.

Die Kohlenbarone erklären kategorisch, daß eine Ablehnung ihrer Preiserhöhungsvorschläge überhaupt nicht in Frage käme. Wenn Regierung und Reichskohlenrat ihre Zustimmung zur Preiserhöhung nicht geben wollten, dann läßen sie sich gezwungen, sofort 30 000 Bergarbeiter auf die Straße zu legen, da dieselben nicht mehr durchgehalten werden könnten. Zutrich

geben die Grubenbarone zu, daß zwar Geldreserven vorhanden seien, daß aber diese Geldreserven für den Kampf um die unfruchtbarsten Auslandsmärkte eingesetzt werden müßten.

Wenn die Grubenbarone die beantragte Preiserhöhung mit den erzielten geringen Lohnaufbesserungen begründen, so ist das ein ausgemachter Schwindel. Die Preiserhöhung für die Bergarbeiter beträgt auf die Tonne Kohlen umgerechnet höchstens 30 Pf. Selbst der Zechenverband gibt sie nur mit 40 Pf. an, während er eine Kohlenpreiserhöhung von mindestens 1,05 Mark verlangt. Dabei gibt der Zechenverband an, daß der Reinerlös für die Tonne Kohlen 14,87 Mark betrage. Nach einer Aufstellung einer Reihe von Zechen des Ruhrgebietes über die Selbstkosten, einbezogen darin sind Löhne, Gehälter, Materialkosten, Abschreibungen usw., also alles, was irgendwie auf den Kohlenpreis einwirkt, auf der einen Zeche betragen die Kosten 12,40 Mark, also ein Reingewinn von 2,47 Mark pro Tonne. Auf der anderen Zeche 12,57 Mark, ein Reingewinn von 2,30 Mark. Auf der dritten Zeche 12,91 Mark, ein Reingewinn von 1,96 Mark. Auf der vierten Zeche — es ist die schlechteste in der mit vorliegenden Aufstellung — betragen die Herstellungskosten 13,18 Mark, die Differenz zwischen Erlös und Selbstkosten ist also auch hier noch 1,69 Mark. Die schlechteste Zeche macht demnach einen Reingewinn von 1,69 Mark pro Tonne. Dazu kommen noch die Gewinne, die aus der Nebenproduktion erzielt werden, die ebenfalls in die Willkür geben.

Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß der Reichswirtschaftsminister den Kohlengrubenbaronen die Forderungen bewilligen wird. Die Kohlen- und Grubenbarone haben bekanntlich infolge des englischen Kohlenstreiks eine glänzende Konjunktur hinter sich, die Hunderte von Millionen Ueberschüsse gebracht hat. Jetzt ist der Weltmarkt für Kohlen in die Krise gefallen; sie will mit der Preiserhöhung ihre Spekulationsverluste aus der geamten Bevölkerung herausziehen. Die wertvolle Bevölkerung soll auf neue bluten, sie soll die unerschämten Gewinne der Grubenbarone mit einer enormen Verteuerung ihrer Lebenshaltung bezahlen. Diese drohende Gefahr gilt es zu erkennen. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich zur Abwehr bereitstellen. Die Einheitsfront aller Werktätigen, Unterdrückten und Ausgebeuteten muß geschlossen werden. Der Kampf zum Kampf gegen die neue drohende Belastung muß der Landeskonferenz der Werktätigen Sachiens werden. Arbeiter, Werktätige, Kleinrentner, kleine Handwerker, heraus zum Landeskongress der Werktätigen!

Im November will man erklären, daß die Finanzschwierigkeiten des Reiches eine solche Erhöhung nicht zulassen. Der früheste Termin für eine Preisänderung sei der 1. April 1928. Die Beamtenschaft kann vor Sommer 1928 kaum auf eine Erhöhung ihrer Bezüge rechnen. Damit wird behauptet, was wir schon gesagt haben: vor den Neuwahlen des Reichstages wollen die bürgerlichen Parteien nicht an die Erledigung dieser Frage heran, da sie sich die Verprechung über Preisänderung für die Wahlen aufheben wollen. Da man aber auch plant, die unteren Beamten mit ein paar Pfennigen abzupfeifen, will man die Empörung der unteren Beamten nicht vor den Wahlen noch steigern.

### Der Bürgerblut gegen die Erwerbslosen

Die kommunistischen Anträge zur Krisenfürsorge und Unterstützungszuschussung abgelehnt

KPD, Berlin, den 18. Mai 1927.

In der Mittwochsitzung des Reichstages wurden als letzter Tagesordnungspunkt die kommunistischen Anträge zur Krisenfürsorge weiterbetrieben.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Feder-Herborn begründete die sozialdemokratische Interpellation zur geplanten Aufhebung der Krisenfürsorge.

Reichsarbeitsminister Brauns verteidigte seine Verordnung auf Einschränkung der Krisenfürsorge. Der Arbeitsmarkt habe sich weitaus gebessert. Die Beschränkung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung sei zunächst nur für einzelne Berufsgruppen ausgedacht, da die Ausdehnung der Unterstützung nur bei „besonders ungünstigen Verhältnissen“ statthaft sei. Auf Grund von Statistiken verfuhr Herr Brauns eine industrielle Hochkonjunktur zu konstruieren. Die Bezugsdauer für Erwerbslose müsse „beweglicher“ gestaltet werden. Härten seien zwar möglich, aber unvermeidlich. Die Krisenfürsorge sei vielfach mißbraucht (!) worden, insbesondere von Invaliden, Anfaß- und sonstigen Sozialrentnern. Er forderte dann die Ablehnung der kommunistischen Anträge.

Der Demokrat Jiegler sprach sich für die kommunistischen Anträge aus.

In den Abstimmungen werden die kommunistischen Anträge gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet heute mittag 12 Uhr statt mit der Tagesordnung: Zündholzmonopol und kleinere Vorlagen.

### Die Agenten des Bürgerbluts

Die letzten Tage liefern seltene Beweise für die klassische Rolle der SPD: der nationalen und internationalen Bourgeoisie zu dienen und die Arbeiterschaft zu verraten.

Das Antikommunistengesetz ist in dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und Demokraten angenommen worden. Die SPD jubelt darüber: Eine Lex Weistarp wäre gegen Wilhelm durchgebracht worden, und die SPD habe wieder einmal einen ihrer größten „Siege“ errungen.

Der Arbeiter greift sich an den Kopf. Wieso? fragt er. Das Gesetz ist von den Regierungsparteien, also einschließlich der Deutschnationalen, eingebracht worden. Herr Hindenburg hat nicht einmal eine Geste der Einwendung gemacht. Die Regierungsparteien stimmten geschlossen für das Gesetz. Wie kann da von republikanischen Siegen gesprochen werden! Oder ist der Bürgerblut vielleicht sozialdemokratisch gemordet? Nein, umgekehrt: die Sozialdemokraten schützen den Bürgerblut.

Die ganze Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Masche wird erst verständlich, wenn man sich der Geschichte dieses Republikshutgesetzes erinnert. Das Gesetz ist nach der Rathenau-Ermordung angenommen worden, nachdem es den sozialdemokratischen Führern gelungen war, die Massenbewegung abzumildern und die weitere Herrschaft der Birih u. Co. unangefochten zu lassen. Bewußt: die Deutschnationalen waren gegen dieses Gesetz. Sie waren damals noch nicht sicher, ob die kleinbürgerliche Demokratie, die zu jener Zeit die Regierung gebildet hat, dieses Gesetz ausschließlich gegen die Kommunisten und nicht auch gegen die Reaktion anwenden würde. Die fünf Jahre Geschichte des Antikommunistengesetzes haben jede Behauptung der Reaktion zerstört. Gerade mit Hilfe dieses „republikanischen Schutzes“ ist der Reaktion der Weg zur Macht ebnet worden. Mit den Paragraphen dieses Gesetzes wurden Hunderte und Tausende stranguliert und so dem Bürgerblut Bahn gebrochen: am Anfang dieses Gesetzes herrschen noch die Kleinbürger, am Ende seiner Geltungsdauer regiert der Bürgerblut.

Kann jetzt irgendein Zweifel über die Anwendung des Republikshutgesetzes bestehen? Die Praxis beantwortet die Frage. Was war daher die selbstverständliche Pflicht der SPD, die vorgeht, Arbeiterinteressen zu vertreten? Die Verlängerung des Gesetzes schroff und unerbittlich abzulehnen. Ja, könnte man einwenden, dann siele aber auch der § 23, der sich direkt auf Wilhelm bezieht. Der Einwand ist lächerlich. Die Verschleift über die Rückkehr Wilhelms II. ist eine Konzeptionsarbeit. Das seltsame Weistarp in offiziellem Uebereinkommen mit den Regierungsparteien ausdrücklich fest. Wie glauben, daß die Geschichte der letzten Jahre genigend Beweise geliefert hat, daß die Regierung über keinen Paragraphen stolpert, sondern nach den Interessen der Bourgeoisie handelt. Die Verlängerung der SPD-Führer, deswegen für die Verlängerung des Gesetzes zu stimmen, ist daher nur für Dumme berechnet, zumal über den Charakter der anderen Gesetzesbestimmungen kein Zweifel bestehen kann. Das Republikshutgesetz ist allein gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Der § 10 dieses Gesetzes gibt sogar der Bourgeoisie die Möglichkeit, ohne ein Antikommunistengesetz nach englischem Muster im Kriegsfall und anderen ungelegenen Situationen proletarische Organisationen lahmzulegen und zu verbieten. Selbst ein bürgerlicher Republikaner erklärt über diese farnose Arbeit der Republik: „Das Republikshutgesetz ist niemandem gefährlicher als dem Republikaner.“

Gut, wird mancher sozialdemokratische Arbeiter fragen, warum stimmt dann die SPD für das Gesetz? Gerade deswegen! Weil das Republikshutgesetz diese Möglichkeiten der Bourgeoisie gibt, weil auf Grund dieses Gesetzes die größten Verfolgungen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft möglich sind, gerade aus diesen Gründen stimmen die SPD-Führer für das Gesetz. Aber nicht allein das veranlaßt die Haltung der SPD-Fraktion. Für sie steht auch ihr Verhältnis zum Bürgerblut. Man weiß, daß die sozialdemokratischen Arbeiter schärfste Opposition gegen den Hindenburg-Kurs wolle. Man weiß andererseits, daß die Sozialdemokratische Partei, gebunden durch die Preußen-Koalition und ihre reformistische Politik, alles andere als ernsthafte Opposition gegen die Regierung will. Wie aber unter diesen Umständen die sozialdemokratischen Arbeiter beschwichtigen? Hier lehnt das alte schamlose Spiel der SPD-Führer ein: den Arbeitern suggerieren, als ob die Regierung nicht ihre Politik, sondern die Politik der SPD machen würde. So machen es die Breitscheid und Konfortien mit der Stresemann-Politik, und so wollen sie es jetzt mit dem Bürgerblut machen. Das Republikshutgesetz ist für die sozialdemokratischen Führer ein erwünschter Anlaß, ihre praktische Unterstützung der Bürgerblutpolitik mit den Phrasen von den antideutschen Nationalen Politik des Bürgerbluts zu maskieren. Denn es liegt auf der Hand: wenn der Bürgerblut die Politik der SPD macht und gegen die Deutschnationalen regiert, wo zu dann diesen Bürgerblut noch bekämpfen?

### Die SPD höhnt die Sowjetunion

Wir brachten gestern den wesentlichen Inhalt der Sowjetnote an die englische Regierung. In aller Deutlichkeit brandmarkte die Note die Geschäftigkeit und die feindselige Hege mit der die englische Regierung gegen Rußland vorgeht. Die Note fragt, ob die englische Regierung noch Wert auf die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen lege. Der Sowjetunion sei eine solche Aufrechterhaltung nur möglich, wenn sie die Garantie für die ruhige Entwicklung ihrer Geschäfte bekomme.

Die Note zeigt mit aller Klarheit, daß die englischen Kapitalisten zum Kriege heizen, aber sie zeigt auch das ganze Verhüten der Sowjetregierung, einen imperialistischen Krieg zu verhindern. Das ist die größte und stärkste Seite der Note, die nur von einer Regierung der Arbeiter und Bauern durchgeführt werden kann, von einer Regierung, die ihre Bürger und Genossen nicht wie die imperialistischen Regierungen als Schlachtopfer und Ausbeutungsbekleid betrachtet, sondern die mit dem ganzen Volke wirklich verbunden ist.

Die Arbeiter der ganzen Welt haben die Friedensliebe der Sowjetunion erneut erkannt. Die Arbeiter sehen die ernsten Bemühungen der Sowjetunion um den Frieden. Kein Blatt des Bürgertums wagte es bisher deswegen, die Sowjetunion zu schmähen. Das Zentralorgan der SPD, der Vorwärts, übernimmt als erstes Blatt die traurige, gemeine Rolle, den Arbeiter- und Bauernstaat anzugreifen. Stämpfer verhöhnt die Note der Sowjetunion, er schreibt dazu: „Ein lahm er Protest.“ Stämpfer entpuppt sich als ein Agent Provokatour der Kapitalisten. Er wünscht einen Krieg, er wünscht eine kriegerische Note, um in ein Geschrei über den roten Imperialismus ausbrechen zu können. Die „Einkte“ fallen in derselben Weise über die Sowjetnote her. Die Dresdner Volkszeitung schreibt: „Matter Inhalt der Protestnote.“ „Einkte“ wie rechte Sozialdemokraten zeigen sich als Provokatour. Die Friedensliebe der Sowjetunion ist eine Enttäuschung für die SPD-Führer. Das Geschrei über den roten Imperialismus blieb den Sozialdemokraten im Halse stecken. Das neueste Provokatourstückchen der SPD-Führer wird schelten, wie alle Mandover und Hege gegen die Sowjetrepublik.

### Keine Befolungserhöhung

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, soll vorläufig eine Erhöhung der Beamtenbefolung nicht durchgeführt werden.